

# Fluglärm und Umwelt

## Nachrichten und Kommentare

"Es gibt nichts Gutes - außer Mensch tut es" - Für eine lebenswerte Region Rhein-Main - Ausgabe 09-2014

### Die Empörung wächst - wer unsere Menschenrechte verletzt, muss mit aggressivem Widerstand rechnen!

Der Versuch der Behörden, in den Sommerferien ohne Aufsehen den Weg für Terminal 3 freizuräumen, ist gründlich gescheitert. Eine besondere Mahnwache setzt Zeichen für die Zukunft.

Wer geglaubt hatte, die Auseinandersetzungen um den Flughafenausbau würden ferienbedingt etwas ruhiger verlaufen, hat sich gründlich geirrt. Auch der Plan, die Erteilung der Baugenehmigung für das Terminal 3 möglichst ohne größere Proteste in den Sommerferien zu erledigen, ging nicht auf. Als die Medien am 12.08.2014 verbreiteten, dass der zuständige Frankfurter Bürgermeister Cunitz (GRÜNE) die Baugenehmigung für das Terminal 3 erteilt hat, folgte nicht nur massive öffentliche Kritik, sondern es war klar: Die nächste Montags-Mahnwache im Terminal würde eine ganz besondere Veranstaltung werden.

Und es waren tatsächlich mehr als 500 Menschen, die am 18.08. trotz der Ferienzeit zusammenkamen, um zu protestieren. "Eine Welle der Empörung" titelte eine Zeitung zu Recht. Sowohl die Redebeiträge als auch der Ablauf der Veranstaltung waren nämlich von besonderer Qualität, an die noch anzuknüpfen sein wird.

Zunächst hatte der bundesweit und international anerkannte Flughafenplaner Dieter Faulenbach da Costa schwerwiegende Mängel am Planfeststellungsbeschluss (PFB) erläutert und begründet, warum dieser bis heute durchaus mit Aussicht auf Erfolg juristisch angegriffen werden kann und werden muss. Der PFB beruht in erheblichem Umfang auf falschen Annahmen und Prognosen. Und längst hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Dann kam Faulenbach da Costa auf die in Verantwortung der Grünen gegen uns entschiedene Baugenehmigung für Terminal 3 zu sprechen. Gerade erst hat ein erneutes Rechtsgutachten die Behauptung, die Genehmigung hätte jetzt zwingend erfolgen müssen, gründlich und überzeugend als Lüge entlarvt!

#### Inhaltsverzeichnis

Die Empörung wächst .....	S. 1
Nachtflugverbot - der große Betrug .....	S. 2
Ein Wort an unsere Leserinnen und Leser .....	S. 2
Al-Wazir als Redner auf der Montagsdemo .....	S. 3
Was von den GRÜNEN noch zu erwarten ist ...	S. 3
Eine Frage und zwei Antworten zur SPD .....	S. 4
Editorial.....	S. 4
Ein besonderer Redebeitrag.....	Beilage S. 1
Gelungene Protestaktionen.....	Beilage S. 2

Begründung u. a.: Das Passagiertransfersystem, das laut Planfeststellungsbeschluss als Voraussetzung für die Genehmigung und den Bau des Terminal 3 anzusehen ist, gibt es nicht! Es ist weder geplant, noch genehmigt noch gebaut! Dieser Beanstandungsgrund interessierte aber den verantwortlichen Frankfurter Dezernenten Cunitz (GRÜNE) genausowenig wie alles andere, was gegen die Baugenehmigung angeführt werden kann. Er hat einfach entschieden, dass nicht einmal gründlich geprüft werden muss und die Baugenehmigung erteilt.



*"...entlang der Zufahrtsstraße eine perfekt organisierte Plakat- und Protestaktion", initiiert von Mainzer Fluglärmgegnern (FR am 29.06.2014)*

Zur Baugenehmigung für Terminal 3 wusste Ursula Fechter (BI Sachsenhausen) noch zusätzlich Empörendes zu berichten. Hatte doch der Frankfurter Bürgermeister Cunitz (GRÜNE) in seiner Verantwortung für die Baugenehmigung wenig zuvor in unverschämter Weise eine Delegation der Frankfurter Bürgerinitiativen brüskiert und bloßgestellt. Zu einem fest vereinbarten Treffen zur Übergabe eines offenen Briefes zu Terminal 3 mit 1700 Unterschriften ist er einfach nicht erschienen. Im Bestreben, sich eine lästige Begegnung mit Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern aus den Bürgerinitiativen zu ersparen, lieferte Cunitz ein grünes Beispiel maßloser Arroganz und Geringschätzung, das kaum zu überbieten ist und nicht vergessen werden darf.

Fortsetzung von Seite 1:

Ganz besonders zu denken geben muss uns allen aber, was anschließend Dr. Josef Hofmann (CDU) sagte. Der ehemalige Mainzer Bürgermeister und ehemalige hat sich viele Jahre besonders mit dem Thema Menschenrechte befasst. Zunächst kritisierte er äußerst scharf die von Grünen in Frankfurt, von Grünen im Landtag und von Grünen in der Regierung unterstützte Expansions-politik der Fraport und bezeichnete sie als Folter! Keinen Ausbaustopp, sondern den Rückbau des Flughafens auf ein raumverträgliches Maß lautet daher die richtige Forderung. Die Politik des Flughafenausbaus muss als Menschenrechtsverletzung gesehen werden. Es ist Pflicht aller demokratischen Politiker, Verwaltungsbeamten und Richter dieser Politik unverzüglich ein Ende zu setzen. Dr. Hofmanns Kritik umfasste dabei ausdrücklich auch seine eigene Partei CDU sowie alle Parteien, die den Flughafenausbau nicht ablehnen. Durch die Flughafenausbaupolitik ist für Dr. Hofmann sogar unsere Demokratie außer Kraft gesetzt! Die Lage der betroffenen Menschen ist dem zufolge ausdrücklich als Notwehrsituation zu bewerten. Daher sind Maßnahmen der Gegenwehr in ganz besonderer Form gerechtfertigt! Es muss gefragt werden, wie wir und alle Menschen in der Region unsere Menschenrechte stärker und aggressiver verteidigen können! (1)

Damit war auf den Punkt gebracht, was sich in den vergangenen Wochen und Monaten aufgestaut hatte. Wir haben das Recht auf Notwehr! Wir dürfen mit Protest und Widerstand nicht nachlassen!

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Der Flughafen-ausbau muss gestoppt werden, der Flughafen auf ein raumverträgliches Maß zurückgebaut werden! Dies bekräftigte in einem ermutigenden Redebeitrag auch Janine Wissler, die Fraktionsvorsitzende der Partei

DIE LINKE im Landtag, und widersprach energisch allen Behauptungen, gegen den Panfeststellungsbeschluss und den Bau von Terminal 3 sei nichts mehr zu machen. Sie erinnerte auch daran, dass CDU und GRÜNE gemeinsam vor der Sommerpause einen Antrag auf Anhörung zum Terminal 3 abgelehnt haben und sich damit ein "Arbeitszeugnis" als Regierung ausgestellt haben, indem sie dafür sorgen, dass die vom Flughafenausbau Betroffenen nicht einmal mehr zu Wort kommen. Mit der Ablehnung der Anhörung haben CDU und GRÜNE sogar gegen das Minderheitenrecht der Oppositionsparteien verstoßen, zynischerweise mit dem Argument, ein "Tribunal zu Lasten von Fraport" verhindern zu müssen. Auf Dr. Hofmann verweisend empfahl auch Janine Wisslers Überlegungen, wie unser Protest zu forcieren sei, denn: "Wenn wir Terminal 3 nicht stoppen reden wir in ein paar Jahren über die nächste Piste!"

Ein sich an die Redebeiträge anschließender Rundgang fand seinen Höhepunkt schließlich darin, dass die Protestierenden spontan in eigener Verantwortung und in zivilem Ungehorsam die Zufahrt zur Abflughalle als Demonstrationsfläche nutzten und so ein Zeichen setzten, sich nicht unterzuordnen und sich nicht den Interessen von Fraport zu unterwerfen.

Der schäbige Winkelzug der übereilten und rechtlich mehr als nur bedenklichen Baugenehmigung für Terminal 3 hat den Bau noch längst nicht vorangebracht. Er hat für neue Empörung gesorgt, für weitere Legitimation unsere Protests und Widerstands und hat neue Motivation geschaffen, uns der Herausforderung zu stellen: Terminal 3 - nicht mit uns!

(1) Bitte die Beilage zu dieser Zeitung beachten. Dort ist die Rede von Dr. Hofmann vollständig abgedruckt.

## Nachtflugverbot - der große Betrug

Mehr als 20.000 nächtliche Flugbewegungen gab es bereits in den ersten 8 Monaten des Jahres 2014 in der Zeit von 22 bis 23 Uhr, sowie 5 bis 6 Uhr. Rechnet man das einmal auf die beiden Stunden um, mussten die schon vom täglichen Fluglärmstress geplagten Lärmopfer durchschnittlich 42 Flugbewegungen pro Stunde in der gesetzlichen Nacht, also in einem Zeitbereich ertragen, in dem z.B. viele leisere Geräte und Maschinen nach der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundeslärmschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 2.BImSchV) an Werktagen von 20 bis 7 Uhr im Freien nicht mehr betrieben werden dürfen - und an Sonn- und Feiertagen schon gar nicht. Hinzu kommt, dass man seitens der Ausbaubefürworter die nach 23 Uhr startenden und landenden Flugzeuge geflissentlich übersieht und behauptet, es gäbe ein Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr. Doch entgegen diesen Verlautbarungen wird nach 23 Uhr gestartet und gelandet. Es gibt definitiv kein Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr auf dem Frankfurter Flughafen. Für Starts werden immer wieder

Ausnahmegenehmigungen erteilt und Landungen dürfen sowieso bis 0 Uhr erfolgen, wenn sich ihre Verspätung nicht schon aus dem Flugplan ergibt, was eine Art Gummiparagraph ist und gerade von den Ferienfliegern zu Landungen nach 23 Uhr genutzt wird. Hinzu kommen zu nächtlicher Stunde Kalibrierungs- und Hilfsflüge. Dabei ist jedes einzelne Flugereignis nach 23 Uhr ganz besonders geeignet, nach dem täglichen Stress mit dem Fluglärm, auch die Nachtruhe der Fluglärmopfer mit gesundheitlichen Folgen zu stören. Weitere Informationen findet man unter [www.flugauswertung.de](http://www.flugauswertung.de) (HPG)

---

### Ein Wort an unsere Leserinnen und Leser:

Diese Zeitung ist auch im Internet zu finden: [www.fluglaermundumwelt.de](http://www.fluglaermundumwelt.de). Unsere Mittel sind knapp. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, leisten Sie einen Beitrag auf unser Spendenkonto Nr. 1202991945 - BLZ 500 502 01 - Frankfurter Sparkasse 1822 - Kontoinhaber: Bernd Steinbach, Frankfurt  
Verwendungszweck: Fluglärm und Umwelt  
Selbst kleinste Beträge helfen unserem Projekt weiter.



# Minister Tarik Al Wazir als Redner auf der Montagsdemo?

Sicher nicht, solange die jetzigen Beschlüsse des Bündnisses der Bürgerinitiativen Gültigkeit haben. Immerhin kam diesmal der Vorschlag nicht aus den Reihen der BI, sondern vom Mainzer OB Ebeling und das nicht ohne gute Gründe.

OB Ebeling sieht nämlich hohen Erklärungsbedarf für den heutigen Minister. Vor dem Plenum des Hessischen Landtages im März 2013 hatte Al Wazir noch „die Überschreitung der Belastungsgrenze der Bürgerinnen und Bürger sowie den Bau der Nordwestbahn in deutlichen Worten kritisiert“ und unter anderem ein „Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ gefordert. Heute trägt der Minister zentrale Verantwortung für die von größter Skepsis und Ablehnung begleitete Erteilung der Baugenehmigung für das Terminal 3 und dafür, dass der zerstörerische Flughafenbau ungebremst weiterzugehen droht. Mit Recht stellt OB Ebeling fest, dass die damaligen Äußerungen Al Wazirs und das heutige Vorgehen seines Ministeriums im Genehmigungsverfahren nicht vereinbar sind. Al Wazir müsse seine aktuelle Position zum Flughafenbau und zur Fluglärmbelastung der Region erläutern, um seine Widersprüche aufzulösen. Alles richtig!

Ebelings Vorschlag, eine Montagsdemo sei dafür ein geeigneter Ort, geht aber meilenweit daneben.

Die Montagsdemos sind nicht irgendwelche Versammlungen! Sie sind Herzstück unseres Protests! Sie sind der Ort, wo wir unsere Empörung und unsere Solidarität zeigen, wo wir uns Kraft und Motivation

holen wollen für unseren Widerstand!

So wenig unsere Kernforderungen verhandelbar sind - so wenig sind unsere Montagsdemos eine Bühne für Kompromissangebote, Ministerreden und irgendwelche Rechtfertigungen von Täuschungsmanövern und politischem Schwindel oder für -, uns zu verträsten oder zu spalten!

Wenn der Minister und andere Politiker uns in der Öffentlichkeit etwas zu sagen haben, können sie uns einladen. Wir werden kommen, zuhören und antworten. Selbstverständlich!

Und wenn sie uns nicht einladen, wissen wir warum.



*"Nein! Es bleibt dabei: Kein Terminal 3! Das gab es heute überraschend für Besucher der Galopprennbahn Niederrad zu sehen..." (Moderationstext der Hessenschau der HR am 24.08.2014)*

## Was wir von den GRÜNEN noch zu erwarten haben.

Im Gespräch bleiben, die Kritik nicht überziehen, sachlich bleiben, das waren Empfehlungen, die vor den Ferien immer wieder zu hören waren, wenn in den Reihen der Bürgerinitiativen scharfe Kritik an den GRÜNEN laut wurde.

Inzwischen hat sich die Situation gründlich verändert. Es ist nicht mehr zu leugnen:

Ob Minister, ParlamentarierInnen, Regierungspräsidentin oder Frankfurter Bürgermeister, was GRÜNE seit Abschluss des Koalitionsvertrags mit der CDU geredet und erst recht was sie getan haben, war gegen die Interessen, Forderungen und Ziele der Bürgerinitiativen und der Menschen in der Ausbau-region gerichtet.

Hier sind die Fakten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Es werden "Lärmpausen" angekündigt, die uns nicht helfen können, weil Lärm nur verlagert statt reduziert wird. Unsere legitime Forderung nach einem Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr wird gleichzeitig als unrealistisch kritisiert und diffamiert.
- Eine Anhörung zum Bau von Terminal 3 wird im Einvernehmen mit Bouffiers CDU abgelehnt, weil sie als "Tribunal gegen Fraport" (Originalton F. Kaufmann, GRÜNE) gesehen werden könnte.
- Eine unabhängige und kritische Bedarfsprüfung für Terminal 3 in Verantwortung der Regierung wird es

nicht geben. Das brachte eine parlamentarische Anfrage der Linken ans Licht. Die schwarzgrüne Regierung will sich stattdessen auf die Prüfungsergebnisse der Fraport verlassen, die diese im eigenen Interesse präsentieren wird.

- Die Baugenehmigung für Terminal 3 wird ohne angemessene Prüfung erteilt, obwohl es nachweislich genügend manifeste Gründe gibt, eine Genehmigung zu verweigern, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt.
- Eine Grüne legt als Regierungspräsidentin einen Lärmaktionsplan vor, der nicht einmal ansatzweise erkennen lässt, dass jetzt eine Grüne als Regierungspräsidentin Verantwortung trägt.
- Die Klageerwiderungen und die juristischen Anträge der Juristen des Grünen Ministers und seines Ministeriums unterscheiden sich weder in der Intention noch in der Sprache von denen aus der Zeit des FDP-Ministers Rentsch.

Alles das zeigt, dass die GRÜNEN sich politisch gegen unsere Ziele und für eine gemeinsame Politik mit der CDU in den nächsten 5 Jahren entschieden haben. Wir kennen den Koalitionsvertrag seit November. Unser Sprecher Dietrich Elsner hat ihn in unserem Namen schon damals als erbärmlich und ungenügend bezeichnet.

Der Wählerverrat der Grünen und der Bruch ihrer Wahlversprechen sind Realitäten. Es macht keinen

Fortsetzung von Seite 3:

Sinn, noch länger mit Verweis auf ihre Geschichte von den GRÜNEN einzufordern, was sie nicht leisten können oder leisten wollen. Sie sind nicht mehr die Umweltpartei, die sie einmal waren. Sie haben sich mit dem Flughafenausbau abgefunden und wollen bestenfalls seine Auswirkungen lindern.

Die Bürgerinitiativen fordern mehr als das. Und wer sagt, mehr geht nicht, kommt als Bündnispartner der Bürgerinitiativen nicht in Frage.

Das mag schmerzlich sein, ist aber Realität.

Wenn wir unsere Ziele weiter ernst nehmen und für unsere Forderungen weiter kämpfen wollen, kann es nicht länger darum gehen, unser Verhältnis zu den GRÜNEN zu klären. Wir sollten uns in den Bürgerinitiativen besser endlich fragen, wie wir uns eine nachhaltige Perspektive und eine stabile Struktur für die Fortsetzung unseres Protests und unseres Widerstands auch unter den aktuell schwierigen Bedingungen schaffen. (BS)

## Eine Frage und zwei Antworten zur SPD

### Die SPD - weiterhin ein "hoffnungsloser Fall"? (1)

Auf den ersten Blick betrachtet mag die SPD ein „hoffnungsloser Fall“ sein. Nicht zuletzt, weil die Medien ihren Blick auf jene richten, die die Landespolitik anführen beziehungsweise die Flughafenpolitik der Landtagsfraktion nach außen vertreten.

Thorsten Schäfer-Gümbel und Marius Weiß vertreten allerdings nicht die Flughafenpolitik fast aller Ortsvereine und Unterbezirke rund um den Flughafen, die eine sehr klare Haltung haben – übrigens genau wie die Gewerkschaften in Hessen.

Die Beschlusslage hier wie dort ist ein absolutes Nachtflugverbot von 22-6 Uhr, die Deckelung der Flugbewegungen, Lärmobergrenzen von 55 dB(A) sowie der Verzicht auf Terminal 3.

Die Frankfurter SPD-Ortsvereine Oberrad, Sachsenhausen und Niederrad fordern darüber hinaus die Stilllegung der Landebahn Nordwest. Erinnert werden darf an unseren in der Flughafenfrage sehr rührigen Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann, der mit seinen Amtskollegen aus Hanau, Offenbach und Mainz eine Allianz gegen Fluglärm ins Leben gerufen hat, sowie an den Groß-Gerauer Landrat Thomas Will, der als Vorsitzender von Zukunft Rhein-Main zuletzt das Schröder-Gutachten vorgelegt hat. Dieses hat zur Aussage, dass die Baugenehmigung von Terminal 3 auf rechtlich tönernen Füßen steht.

Ferner darf man als Flughafenausbaueegner berechnete Hoffnungen in die neue Generalsekretärin Nancy Faeser setzen, die nicht nur 2007 gegen den Ausbau im Landtag gestimmt hat, sondern heute dem SPD Unterbezirk Main-Taunus vorsitzt, der die oben genannten Forderungen ebenfalls vertritt.

Ist die SPD nun ein „hoffnungsloser Fall“? Sicher nicht.

*Stefanie Then ist aktiv in der Eintracht gegen Fluglärm, seit Juli Vorsitzende des SPD OV Niederrad sowie Co-Sprecherin des AK Region und Flughafen im SPD Bezirk Hessen-Süd.*

### Die SPD - weiterhin ein "hoffnungsloser Fall"? (2)

Die SPD ist seit Holger Börner eine kompromisslose Ausbaupartei. Mit dem Widerstand der Bürgerinitiativen kam schon mal das eine oder andere Zugeständnis a la "Lärminderung", "Umweltverträglichkeit", "Mediation" oder "Flughafendialog" dazu, aber ob im letzten Wahlkampf oder bei den Koalitionsverhandlungen: Parteichef Schäfer-Gümbel und seine Leute haben nie Zweifel daran gelassen: "Wir stehen zum Ausbau!" Weil da nichts ging, war eine rot-rot-grüne Koalition nie eine wirkliche Option, außer die LINKE wäre bereit gewesen, ihre Wähler zu verraten.

Die Oppositionsrolle ändert nichts. "Wir stehen zum Ausbau." Man hält dann schon mal den Grünen ihre Widersprüche vor und jüngst wurde gar eine Anhörung zu Terminal 3 beantragt. Wozu? Den Ausbau in Frage stellen? Keine Spur. Es ist TSG auch nicht peinlich zu erläutern, wozu für die SPD die Anhörung zu Terminal 3 dienen soll: Es geht ihm darum "dem Flughafen stabile Akzeptanz zu verschaffen", indem man "vollständige Transparenz herstellt, wie das Projekt sachlich begründet wird." Das ist frech und zynisch. "Wir stehen zum Ausbau."

Die SPD ist eine Ausbaupartei. Dafür gebührt dieser Partei scharfe Kritik und Ablehnung.

In der SPD gibt es eine ganze Reihe AusbaueegnerInnen. Diesen gebührt unser Respekt und unsere Unterstützung. Wer in der SPD für Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr und Ausbaustopp kämpft, dem gilt unsere Solidarität und unsere uneingeschränkte Anerkennung.

Ist die SPD nun ein "hoffnungsloser Fall"?

Ja. Genau so lange, wie sie die Ausbaupläne von Fraport unterstützt und die Forderungen der Bürgerinitiativen ablehnt.

*Knut Dörfel, Arbeitskreis Fluglärm und Umwelt*

### Editorial

"Fluglärm und Umwelt" wird vom gleichnamigen Arbeitskreis herausgegeben. Der Arbeitskreis ist Mitglied im BBI, Bündnis der Bürgerinitiativen Kein Flughafenausbau! Nachtflugverbot von 22-6 Uhr! und verfolgt dessen Ziele. Mit Namen oder Namenskürzel gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung ihrer Verfasser/innen wieder und spiegeln nicht notwendigerweise die der Redaktion. Internet: [www.fluglaermundumwelt.de](http://www.fluglaermundumwelt.de) - Kontakt: [fluglaermundumwelt@gmx.de](mailto:fluglaermundumwelt@gmx.de) - Kontakttelefon Redaktion: 0176 43114302 (AB) Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Knut Dörfel, 60599 Frankfurt, Klingenberg Str. 10

### **"Ich wundere mich, dass wir als demokratische Bürger nicht noch stärker – aggressiver - uns verteidigen. Wir wollen so nicht weiterleben! Wir wollen menschlich und gesund leben! "**

Redebeitrag von Dr. Josef Hofmann, anlässlich der Mahnwache am 18.08.2014 im Terminal 1 des Flughafens Frankfurt.

*Vorbemerkung: Dr. Hofmann (Rechtsanwalt) amtierte von 1961 bis 1985 als CDU-Bürgermeister der Stadt Mainz. Von 1965 bis 1969 war er Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Als Stadtkämmerer in Mainz hatte er die Leitung des Finanzdezernates. Von 1985 bis 1989 war er Ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt, von 1984 bis 1992 Präsident des internationalen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), seit 1992 Vizepräsident. Von 1994 bis 2000 war er sowohl Präsident als auch Vizepräsident der Kammer der Gemeinden Europas im Europarat. Von 1989 bis 2004 war Dr. Hofmann Mitglied des Mainzer Stadtrats.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Tat ist es mir ein Bedürfnis, wenn Sie mir das zu sagen gestatten, heute an diesem Tag, nachdem das dritte Terminal von der Stadt Frankfurt genehmigt worden ist, mit hierher zu gehen, um mit Ihnen wiederum zu demonstrieren, dass dieser Flughafen falsch liegt - er gehört nicht auf diesen Platz in dieser Region!

Wenn Sie nur einen Moment einmal die Grenzen, die die Gemeinden, die sie um sich herum haben, auflösen, dann liegt er mitten in einem großen Ballungs-Wohngebiet. Jede Stadt, jede größere Stadt in Europa versucht Flugplätze wieder weiter wegzulegen. Selbst Paris bemüht sich drum; in unserer Nähe – München – hat es ebenso getan. Bloß nicht weit genug! Sie müssen es neu tun. Deshalb möchte ich meine persönliche Betroffenheit hier mit Ihnen zum Ausdruck bringen, dass von der Stadt Frankfurt das Terminal 3 genehmigt wurde.

Ich darf mir erlauben, die Stadt Frankfurt zu fragen, die Damen und Herren der Verwaltung und die Damen und Herren im Parlament:

Wo bleibt die Solidarität mit den Gemeinden in dieser Region? Hunderttausende! Hunderttausende leiden unter dem Flughafen! Hunderttausende werden in ihren Menschenrechten verletzt!

Meine Damen und Herren! Ich frage alle Parteien, in alle Richtungen, auch meine!

Ich war im Bundestag damals für die Christdemokraten, ich war in Europa für die Christdemokraten, ich bin jetzt Ehrenpräsident für europäische Gemeinden und Regionen und Ehrenmit-

glied im Kongress des Europarats.

Ich war lange unterwegs und habe die Menschenrechte des Europarates, Sie kennen die Konventionen des Europarates, überall dargelegt, verteidigt, eingebracht, in vielen Städten und in Stadtparlamenten Europas.

Aber ich habe nie für möglich gehalten, dass in meiner eigenen Heimat, hier wo wir alle wohnen, die Menschenrechte verletzt werden. Das ist ungeheuerlich!

Lassen Sie mich das auf eine einfache Formel bringen. Was sind denn eigentlich die Menschenrechte?

Wenn Sie mal die großen Worte wegnehmen, dann ist das ganz einfach:

Leben kann nur ein Mensch, wenn er essen, trinken und schlafen kann. Also sind die Voraussetzungen gegeben, wenn man uns den Schlaf nicht lässt, zum Beispiel uns morgens um 5 Uhr weckt.

Ich wollte in meinem Garten später sitzen können. Ich sitze dort bei schönem Wetter, zehn Minuten, dann hält es keiner mehr aus!

Meine Damen und Herren, ich formuliere jetzt nicht bewusst stark, aber ich frage die Verantwortlichen – in Frankfurt, in der Politik hier in Hessen, aber auch in meinem Heimatland:

Wie können Sie es gestatten, dass man solch ein Verbrechen der Verletzung der Menschenrechte in unserer Region zulässt?

Wann endlich begreifen unsere Richter, dass eine Verletzung des Rechts auf Schlaf juristisch gesehen eine schwere Verletzung des Rechts darstellt, menschlich gesehen, eine Ungeheuerlichkeit ist? Wann wird das endlich eingesehen?

Und dann erleben wir hier, dass eine Verwaltung ein drittes Terminal genehmigt. Schon die 400.000/500.000 Flugeinheiten sind eine Folter für Hunderttausende in dieser Region.

Wie kann man da noch glauben, etwas Weiteres dazu nehmen zu können? 1880, nehmen wir mal nur die Zahl als Hausnummer, wurden die Menschen in den Betrieben ausgebeutet.

Heute ist der pure Kapitalismus zurückgekehrt in der Form, dass man die Menschen, die überhaupt nicht



Fortsetzung von Seite 1:

fliegen oder selten fliegen auch in ihren Wohngebieten quält, sie nicht mehr schlafen lässt und sie sogar überlegen lässt: Müssen wir nicht wegziehen? Wie viele sind schon weggegangen, die es können?!

Aber noch ein anderer Gedanke, wenn Sie erlauben. Wir haben das allgemeine Notwehrrecht. Das ist dann gegeben, wenn man angegriffen wird - rechtswidrig.

Wir - alle Betroffene - werden rechtswidrig durch die Folter des Lärms und des Schlafentzuges angegriffen; insofern sind wir in einer Notwehrsituation, meine Damen und Herren.

Unser Appell heute kann nur dahin gehen, dass die Richter dieses juristische Problem stärker würdigen und lösen! Das heißt auch, dass das Terminal 3 nicht weiter ausgebaut werden kann. Die Herren der Regierung in Hessen, die da so geschickt formulieren: „Genehmigt ist noch lange nicht gebaut!“, da sind wir nicht nur misstrauisch, wir haben in all den vielen Jahren das Gegenteil erlebt.

## Unser Protest: vielfältig und an den verschiedensten Orten

Gelungene Aktionen haben auch in diesem Sommer unsere Forderungen immer wieder zum Thema gemacht und gutes Beispiel gegeben.

Es ist ermutigend, zu sehen, wie neben den Montagsdemos und den Mahnwachen immer wieder Protestaktionen gegen den Flughafen ausbau zeigen, dass es uns damit Ernst ist: Wir geben keine Ruhe, bis wir unsere Ruhe wiederhaben! Anlässe liefern uns die Befürworter und Betreiber es ständig mehr als genug. Exemplarisch sollen hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit 4 Aktionen genannt werden, die durch ihre Originalität und die Art der Umsetzung unser Anliegen und unsere Ziele öffentlich bekannt gemacht und für Verständnis geworben haben. Teilweise war das Medienecho mehr als nur beachtlich und unabhängig davon sind wohl jedesmal die beteiligten Mitstreiter nach Hause gegangen mit dem Gefühl, das Richtige getan zu haben.

Schon zum 3. Mal fand in diesem Jahr der Protest der BI bei der Hauptversammlung der Fraport Jahrhunderthalle als Mahnwache statt - vor der Jahrhunderthalle als Mahnwache und auch in der Versammlung waren die kritischen Stimmen unüberhörbar. Es ist sogar gelungen ist, dem Bericht der Hessenschau, der ursprünglich nur dem neuen Aufsichtsratsmitglied Frank Kaufmann gewidmet war eine neue Ausrichtung zu geben, wurde doch über unsere Anliegen und unsere Kritik durchaus positiv verständnisvoll berichtet.

Ganz starken Eindruck hinterließ auch die Mahnwache vor dem Eröffnungskonzert der Rheingau-Musikfestspiele im Kloster Eberbach am.... Stil, Form und Entschiedenheit unserer Aktion haben nachhaltig Eindruck hinterlassen.

Besonders originell und öffentlichkeitswirksam war die Plakataktion "Zehn Minuten" mit der großräumig in Mainz/Wiesbaden und Frankfurt auf die Problematik von Kurzstreckenflügen hingewiesen wurde.

Wie soll der Demokrat noch seiner, also seiner normalen demokratischen Führung glauben?

Noch ein Gedanke. Wenn die Mediziner uns sagen, dass wir in der Gesundheit geschädigt werden, aber im Einzelfall der Nachweis der sogenannten Kausalität dafür fehlt, genügt es dann nicht, wenn die Medizin generell feststellt, dass wir und insbesondere unsere Kinder in unserer Gesundheit geschädigt werden - anders ist es nicht begreiflich.

Ich wundere mich, dass wir als demokratische Bürger nicht noch stärker – aggressiver - uns verteidigen. Wir wollen so nicht weiterleben! Wir wollen menschlich und gesund leben!

Wir wollen in einer Demokratie leben, wo nicht Hunderttausende durch Fluglärm terrorisiert werden.

Und ich hoffe, unsere Demonstration hilft uns die Solidarität in diesem Raum auf allen Ebenen wieder herzustellen und den Flugplatz zurückbauen statt auszubauen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Medienaufmerksamkeit gab es erfreulicherweise erneut zum "Renntag des Flughafens" auf der Galopprennbahn Niederrad. Mit Plakaten und einem Infotisch gelang es unsere Botschaften sowohl Rennbahnbesuchern als auch in Presse und in der Hessenschau zu platzieren. "Menschenrechte schützen!" "Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr!" "Flugbewegungen begrenzen auf 380.000!" "Rückbau des Flughafens! Die neue Landebahn muss weg!"

Mehr als 30 Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben Infomaterial an die Rennbesucher verteilt und haben gezeigt, dass wir die unverfrorene Eigenwerbung von Fraport nicht hinnehmen ohne unseren Standpunkt und unsere Forderungen deutlich zu machen.

In diesem Sinne sollte es in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen, Anlässe gibt es genug. Einen Grund zu verzagen und zurückzustecken gibt es weiß Gott nicht.

Als Termine für die nächste Zeit stehen u. a. ins Haus: 12.09.2014, 15.30 -16.15 Uhr: Mahnwache an den Eingängen und der Zufahrt zum Fritz-Treutel-Haus in Kelsterbach. Ab 16:00 Uhr wird dort, wo auch immer die DV stattfindet, das Konzept der Lärmpausen vorgestellt. Minister Al-Wazir und Professor Wörner (DFS) werden anwesend sein.

13.09.2014, 16.00 Uhr - 20 Uhr, Umbenennung des Mainzer Landwehrweg in "Lärmwehrweg" Weitere Anlässe und Termine werden über die Bürgerinitiativen, Mailing-Listen und über facebook bekanntgegeben.

Allen, die mitgeholfen haben und mithelfen werden, die Vielfalt und Entschiedenheit unseres Protestes in die Öffentlichkeit zu tragen: Vielen Dank! Bitte weiter so! Es gibt nichts Gutes, außer mensch tut es!